



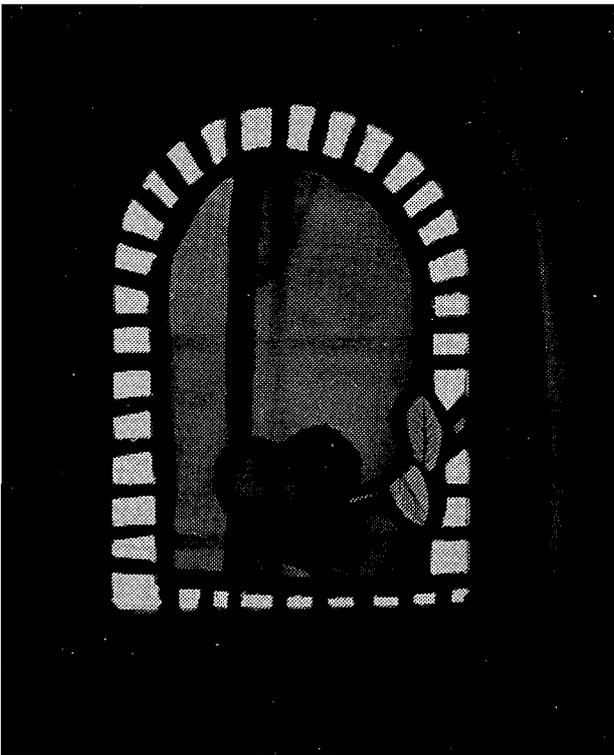
Evangelische Verantwortung

Dezember 1988

„Friede auf Erden“

Gottfried Busch

Der „Friede auf Erden“ hat, so scheint es, im Jahr 1988 ein wenig an Raum gewonnen. Das Ende des Golfkrieges ist zweifellos ein herausragendes Ereignis. Aber auch andere lokale Konflikte entwickeln eine rückläufige Tendenz; es zeigen sich Silberstreifen am Horizont. Noch ist nicht Friede, aber es öffnen sich Wege, die auf dieses Ziel zuführen könnten, wenn sie nur konsequent beschritten werden.



„Es ist ein Ros' entsprungen“, Foto: Gerd Eberhardt

Für uns Europäer ist die Übereinkunft der Supermächte zu einem substantiellen Abbau der Raketenrüstung von besonderer Bedeutung. Erstmals wird nicht nur begrenzt, sondern ernsthaft reduziert. Natürlich kenne auch ich den Einwand und muß ihm rechtgeben: Die Strukturen des Unfriedens dauern fort, die Ursachen der Konflikte wurden größtenteils nicht ausgeräumt; Abwesenheit von Krieg bedeutet noch keinen Frieden. Dennoch macht es einen großen Unterschied, ob die Waffen schweigen oder nicht. Für viele Menschen ist es der Unterschied zwischen Leben und Tod!

Und so sollten wir nicht darauf bestehen, daß sich im Grunde gar nichts geändert hätte in diesem Jahr, sondern dankbar sein auch für die kleinsten Schritte auf dem Weg des Friedens. Jeder Schuß, der im Gewehrlauf bleibt, ist ein Gewinn; jede Begegnung von Menschen und Meinungen über Grenzzäune und Frontverläufe hinweg bedeutet Hoffnung. Es ist Gottes Freundlichkeit und ihm zu danken, daß der „Friede auf Erden“ zwischen Menschen und Völkern in diesem Jahr gestärkt wurde.

Sind wir somit der Verwirklichung der Friedensbotschaft der Engel in diesem Jahr näher als in früheren? War es das, was sie meinten, als sie sangen „... Friede auf Erden“: eine Entwicklung zum besseren Verstehen der Völker, eine Bewegung hin zu dem Ziel einer friedlicheren, gerechteren, freundlicher miteinander umgehenden Menschengemeinschaft?

Ich möchte mit diesen, zugegeben, rhetorischen Fragen keinesfalls die tiefe Sehnsucht so vieler Menschen nach einer fried- und liebevollen Welt verspötn oder abwerten. Sie liegt ja durchaus in der Konsequenz dessen, was die Engel verkündigten.

Zunächst aber gilt es, streng zu unterscheiden zwischen dem Frieden, den die Engel ansagen – und dem Frieden, den wir meinen.

Wir feiern nicht Weihnachten, weil Gott in Aussicht gestellt hat, daß irgendwann einmal Friede auf Erden sei. Wir feiern Weihnachten, weil Gott Frieden gemacht hat. Noch nicht und überall zwischen Mensch und Mensch. Aber zwischen Ihm und uns. Die Engel formulieren in ihrem Lobgesang keine Wünsche oder Bitten, die sich erst auf einen zukünftigen Frieden richten, sondern sie proklamieren einen Zustand, der vom selben Augenblick an gilt: Es ist Friede. „Denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids“ (Lukas 2,11).

An ihn – nicht an den Ort, wohl aber an diese kleine, verletzte, ohnmächtige Gestalt eines Kindes – hat der große und ewige Gott sich unlöslich gebunden. „Gott gab sich ein ganz klein Gesichtlein“ (M. Luther). Und so, wie dieses neugeborene Kind 'unser Friede' ist, so ist es zugleich Gottes Ehre und Herrlichkeit, die nun in der gesamten Welt Gottes gelten soll, in der Höhe wie in der Tiefe, im Himmel wie auf Erden.

Es hat in der Theologie der zurückliegenden Jahrzehnte manchen Versuch gegeben, die Geburt dieses Kindes ihrer eschatologischen Dimension zu entkleiden, eben ihrer ‚Höhe‘, die ja nichts weniger als eine Ortsbestimmung ist, und sie nur noch humanistisch zu deuten. Etwa so, daß man sagte, die Menschwerdung Gottes habe gerade dies zur Konsequenz, daß es einen Gott in der Höhe nicht mehr gibt (wenn es ihn dort je gab), sondern Gott sich nur noch im Menschen selbst finden läßt. Demgegenüber haben das Neue Testament und die Kirche in ihren Bekenntnissen fast eifersüchtig darüber gewacht, daß Gottes Gottsein nicht darum aufgehoben ist, weil es nun auch ein Menschsein Gottes gibt.

Was sich mit der Geburt Jesus allerdings grundlegend geändert hat, ist der innere Zusammenhang dieser beiden Seinsweisen Gottes. Von nun an gilt, daß der ‚Himmel‘ an allem, was auf Erden geschieht, unmittelbaren Anteil nimmt. Gott wirkt auf das Geschehen der Erde nicht mehr nur von außen her ein – als der in dem ungeheuren Abstand des Schöpfers vom Geschöpf sich befindende-, sondern er ist selbst in Christus in das Geschöpfliche eingegangen, um von dort her in der Welt gegenwärtig und wirksam zu sein. Die Bekenntnisse der Kirche haben diesen Gedanken in die paradoxe Formel gefaßt, daß Jesus Christus zugleich wahrer Gott und wahrer Mensch sei.

Daß auch diese Definition das „Geheimnis des Glaubens“ (1. Tim.3,16) nicht erklären kann, wer wollte es leugnen. **Ob es für Gott wirklich keinen anderen Weg gegeben hätte, seine geliebte Welt zu retten, als durch Krippe und Kreuz?** In einer Weihnachtspredigt, die mir schriftlich vorliegt, steht der Satz: „Diesem Geheimnis wird man nur näherkommen, wenn man bedenkt, auf welche ausgefallenen Ideen ein Liebender kommen kann, wenn er seine Liebe dem Geliebten zeigen möchte. Daß Gott uns liebt, das zu begreifen, darum geht es“ (H. Gerlach).

Das Gloria in excelsis Deo ist uns vertraut in der schönen dreigliedrigen Form: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Die besser bezeugte griechische Lesart jedoch, die nun auch in der revidierten Lutherbibel von 1984 aufgegriffen wurde, ist nur zweigliedrig „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ Sie entspricht damit der Parallelität von Himmel und Erde, wahren Gott und wahren Menschen. Eine inhaltliche Korrektur bedeutet diese veränderte Lesart sicherlich nicht, eher eine Verdeutlichung. Denn nun ist klar, daß das Wohlgefallen Gottes nicht nur eine Zugabe zu dem proklamierten Frieden ist, sondern ein unveräußerlicher Teil unseres Menschseins. Wir sind Menschen seines Wohlgefallens, eben Geliebte. Ich kann in dieser sprachlichen Fassung auch keinen Anspruch auf eine Teilung der Menschen in solche seines Wohlgefallens und solche seines Mißfallens entdecken. Anders als in der lateinischen Fassung der Vulgata, wo der Friede den ‚Menschen guten Willens‘ (hominibus bonae voluntatis) vorbehalten bleibt, wird der universale Charakter der Heilsbotschaft nicht in Frage gestellt. Es bleibt dabei, daß die große Freude über die Geburt des Kindes allem Volk widerfahren wird. Zu ihnen gehören die vielen und wir selbst, die Gott immer wieder genug Anlaß geben, Menschen seines Mißfallens zu sein.

Dennoch hält Gott an seinem Wohlgefallen fest, an seiner einladenden, vergebenden Liebe, die gerade dem Verlorenen nachgeht und sich denen zuerst zuwendet, die am Unfrieden und der Ungerechtigkeit in der Welt besonders leiden.

„Friede auf Erden“ sangen die Engel. Die Hirten aber sind es, die diese Botschaft weitertragen: „Als sie es aber gesehen hatten, breiteten sie das Wort aus, das zu ihnen von diesem Kinde gesagt war“ (Lukas 2,17).

Es ist eine Botschaft an die Welt. **Gott will den Frieden, den er mit den Menschen geschlossen hat, ausgedehnt und ausgebreitet wissen – auch unter den Menschen.** Gewiß nicht so, daß dieser Friede sich in eine moralische oder politische Kategorie ummünzen ließe. Es wäre der entscheidende Schritt über die Grenze, die uns in dieser noch immer vorläufigen Welt gezogen ist, wollten wir auf der Grundlage des Glorias die Welt zum Reich Gottes umorganisieren. Versuche in dieser Richtung sind immer wieder schrecklich gescheitert. Aber der angesagte Friede nimmt doch nicht nur Besitz von Menschenherzen. Er wirkt durch sie hindurch und rückt in letzter Konsequenz auch den Problemen, Nöten und Unordnungen der Völker auf den Leib. Und je mehr Menschen sich politisch engagieren, die aus diesem Frieden zu leben bereit sind, um so mehr mußten sich eigentlich auch im politischen Zusammenleben Auswirkungen zeigen.

Daß wir immer wieder die Erfahrung machen, daß auch die Friedensfähigkeit von Christen sehr eng begrenzt ist, widerlegt den Grundgedanken noch nicht, aber mahnt zur Nüchternheit und zur selbstkritischen Überprüfung der Grundlagen des eigenen Denkens und Tuns.

Es wird sich dann vielleicht zeigen, daß es auch an der Ehre gemangelt hat, die wir Gott zu geben bereit waren. Grundsätzlich aber gilt es, und zwar für alle Ebenen des politischen und unseres persönlichen Lebens: Geben wir Gott die Ehre und lassen ihn Herr

sein, dann hat auch der irdische Friede eine Chance, weil er auf der Grundlage des ewigen Friedens aufbauen kann, den Gott mit uns geschlossen hat. Denn Gott hat uns den geschenkt, der der Welt und unser aller Friede ist.

Die Zeit ist reif für eine neue Dimension der Vertrauensbildung

Volker Rühle

Seit dem Amtsantritt des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow ist die Ost-West-Politik in Bewegung gekommen: Es ist das INF-Abkommen über die weltweite Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen vereinbart und in Kraft gesetzt worden, es sind auf dem Manöverfeld erfreuliche Entwicklungen bei der gegenseitigen militärischen Vertrauensbildung festzustellen. Und auch bei den Kontakt-, Reise- und Ausreisemöglichkeiten hat es Fortschritte gegeben.

Jetzt ist die Zeit reif für eine neue Dimension der Vertrauensbildung – für eine Vertrauensbildung, die für die einzelnen Menschen individuell erlebbar wird.

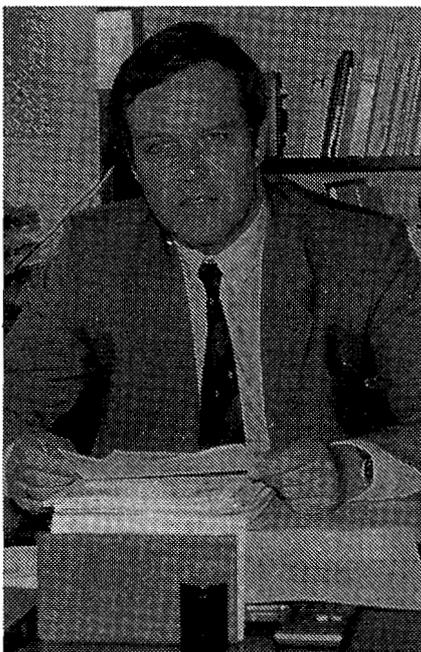
Denn wer Spannungen abbauen will, wer die gegenseitige Sicherheit zwischen Ost und West stärken und vertiefen will, der muß Vertrauen auch zwischen den einzelnen Menschen schaffen. Offenheit, Freizügigkeit, Einhaltung der Menschenrechte sind deshalb keine abstrakten Themen oder gar Girlanden für die Abrüstungsdiskussion.

Sie sind vielmehr der Kern der Sicherheitsdiskussion zwischen Ost und West. Denn für weitergehende Abrüstungsvereinbarungen, die zu einer deutlichen Verringerung der militärischen Konfrontation in Europa führen sollen, wie bei den bevorstehenden Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung, wird größeres Vertrauen zwischen Ost und West nötig sein.

Grundvertrauen und Kontakte zwischen jungen Menschen

Was wir brauchen, um Grundvertrauen zwischen den einzelnen

Menschen zu schaffen, ist ein regelmäßiger Schüler- und Studentenaustausch in beide Richtungen zwischen Ost und West, sind Austauschprogramme für Manager, Praktikanten und Auszubildende zwischen westlichen und östlichen Firmen.



Volker Rühle, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Und Städtepartnerschaften können und sollten die individuellen wie die gemeinschaftlichen Begegnungen der Bürger fördern. Sie sollten zu echten Partnerschaften zwischen den einzelnen Bürgern im Sinne einer individuell erlebbaren Entspannung werden, und das sollte gerade auch für diejenigen Menschen möglich sein, die keine politischen Funktionen haben.

Gerade die konkreten Kontakte zwischen den jungen Menschen, die ungezwungen und unkompliziert aufeinander zugehen, sind es, die am ehesten zum Abbau von Vorurteilen, von Mißtrauen oder gar von Feindbildern beitragen.

Wir wissen, daß Menschen in ihrer Jugend geprägt werden und sich dieser Eindrücke im späteren Leben erinnern. Wir wollen deshalb Eindrücke schaffen der Nachbarschaft, des Miteinanderlebens und der Erkenntnis, daß Jugendliche in allen Ländern den Frieden wollen, um vertrauensvoll in die Zukunft schauen zu können.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür sind die folgenden Feststellungen des Polen Adam und der Deutschen Andrea nach einem Schüleraustausch zwischen einem polnischen Gymnasium in Thorn und dem Koblenzer Görres-Gymnasium:

„Zu Beginn der Reise dachte ich, daß die Leute, denen ich begegne, zwar sicherlich viel Kultur haben, aber weder nett, noch gastfreundlich sein würden, vor allem keine Phantasie haben“, schrieb Adam.

„Was mich persönlich bei dieser Begegnung fasziniert hat, waren die Herzlichkeit und Unkompliziertheit, mit der wir miteinander umgehen konnten, die Erkenntnis: Mensch, unsere Freunde haben doch dieselben Interessen, dieselben Freuden und Sorgen wie wir, ja, sie sind Menschen wie Du und ich“, empfand Andrea.

Beide Äußerungen deuten an, welche bereits vorhandenen Vorurteile durch die persönlichen Begegnungen von „Menschen wie Du und ich“ abgebaut werden konnten bzw. abgebaut werden können.

Doch noch ist der Schüleraustausch mit dem Osten im Umfang viel zu begrenzt. Und dort, wo er bisher möglich war, warteten die deutschen Schüler – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vergeblich auf den Gegenbesuch von ihrer Partnerschule.

Öffnung der osteuropäischen Gesellschaft vorantreiben

Beim Moskau-Besuch des Bundeskanzlers ist der Ausbau des Schüler- und Lehreraustausches mit der Sowjetunion vereinbart worden. Und es ist zu hoffen, daß auch der Schüleraustausch mit den anderen osteuropäischen Staaten vertieft wird oder dort, wo er bisher noch gar nicht stattfindet, begonnen wird, damit es unter den jungen Menschen Europas zu vielen Erlebnissen einer erlebten Entspannung wie bei Adam und Andrea kommen kann.

Wo der Westen auf die Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften hinwirken kann, sollte er dies tun. Und genau in diesem Zusammenhang ist das Angebot des Bundeskanzlers zu sehen, in den nächsten drei Jahren tausend junge Sowjets in unserem Land auszubilden: Eine derart von jedem einzelnen erlebte Entspannung trägt nicht nur zur Vertrauensbildung bei.

Vielmehr wird als Folge solcher Begegnungen und Ausbildungen auch Ermutigung zu Eigenverantwortung, zur Eigeninitiative, zu selbständigen Denken und Handeln geschaffen und damit die Modernisierung der osteuropäischen Gesellschaften hin zu offeneren Strukturen gefördert. Je offener Europa ist, desto sicherer ist es auch.

Zur Bildung von Grundvertrauen gehören auch die menschlichen Erleichterungen wie die Verbesserung der Reise- und Ausreisemöglichkeiten und der Familienzusammenführung. Hier begrüßen wir jede positive Entwicklung, die es in der jüngsten Vergangenheit gegeben hat. Alle Deutschen, die sich entschlossen haben, zu uns zu kommen und für die die Ausreise sehr häufig die schwere Trennung von Familien, Trennung von Freundschaften, Brüche der Dorfgemeinschaften be-

deuten, um endlich als Deutsche unter Deutschen sein zu können, sind hier willkommen.

Denn sie kommen zu uns, weil sie allein wegen ihrer Volksgruppenzugehörigkeit als Bürger zweiter Klasse behandelt, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Öffentlichkeit diskriminiert wurden. Viele von ihnen mußten Nachteile erleiden, manche wurden sogar verfolgt, nur weil sie sich um die Erhaltung der sprachlichen und kulturellen Identität als Deutsche bemühten.

Deutsche in Osteuropa können eine „Brücke“ sein

Doch es geht uns nicht nur darum, daß Menschen ausreisen dürfen. Vielmehr muß für die Deutschen in der Sowjetunion, in Polen oder in den anderen osteuropäischen Staaten Entspannung auch an ihrem jetzigen Wohnort erlebbar werden. Deshalb sollten wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen der einzelnen Länder die Lage dieser Menschen grundlegend zu verbessern. Das liegt im Interesse aller Seiten, denn die Deutschen in Osteuropa können und wollen eine Brücke sein zwischen uns und den osteuropäischen Völkern und damit zur Vertrauensbildung beitragen.

Und so erfreulich es ist, wenn einzelnen Bürgern ihr Wunsch auf Ausreise gewährt wird und wenn die Ausreisezahlen steigen, im Grunde genommen ist dies Willkür der Machthaber – in diesem Fall positive Willkür.

Doch es muß klar sein, daß das Recht, frei zu sprechen und zu schreiben, und das Recht, frei zu reisen und auszuwandern, zu den grundlegenden Menschenrechten gehören. Sie sind kein Geschenk des Staates oder einer Staats- und Parteiführung. Diese Rechte können nicht zugeteilt werden, mal weniger und – wie jetzt erfreulicherweise – mal mehr. Sie gehören nicht den Staats- und Parteiführungen, sondern sie gehören den Menschen als Grundrechte.

Deshalb gehört zur Schaffung von Grundvertrauen auch, daß

auch für die Menschen im real existierenden Sozialismus die Menschenrechte verfassungsmäßig fixiert werden, daß die Menschenrechte gewährt und eingehalten werden. Denn Vertrauen entsteht nur aus Berechenbarkeit – und das gilt auch für die Rechte jedes Einzelnen.

Eine Menschenrechtskonferenz in Moskau, wenn sie denn denselben Standard einhält, der auf den bevorstehenden Menschenrechtskonferenzen in Paris und Kopenhagen geschaffen werden soll, und wenn andere Voraussetzungen wie die Freilassung aller politischen Gefangenen erfüllt sind, kann die richtige Gelegenheit bieten, in der Sowjetunion selbst in aller Öffentlichkeit über unser Verständnis von Menschenrechten zu sprechen.

Denn wer, wie die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts, den Frieden in den Vordergrund der außenpolitischen Bemühungen stellt, muß auch in diesen Fragen deutlich machen, daß Frieden mehr ist als nur Kriegsverhütung durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Denn eine neue Dimension der Vertrauensbildung wird nicht allein durch den Abbau von Waffen zu erreichen sein.

Unsere Autoren:

Pfarrer Gottfried Busch
Herzogsfreudenweg 42
5300 Bonn 1

Volker Rühle, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Albert Rathjen
Kiefernstraße 5
2740 Bremervörde

Heiko Hoffmann, MdL
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Landeshaus
2300 Kiel 1

Dr. Klaus Lefringhausen
Adenauerallee 80
5300 Bonn 1

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber

Zur Diskussion gestellt

Die Konzeption des übernationalen Schutzes für den Weltfrieden

Der Sprecher der Rüsselsheimer Friedensinitiative, Willi Göttert, stellt in unserer Dezember-Ausgabe, deren Themenschwerpunkt „Frieden“ heißt, eine mögliche übernationale Friedensschutz-Konzeption vor.

In der öffentlichen Friedensdiskussion kommt diejenige Form der Kriegsverhütung, die in der Rüsselsheimer Friedensinitiative (RFI) entwickelt wurde und den Weltfrieden durch den Aufbau einer politisch realisierbaren Schutzordnung dauerhaft erhalten will, kaum vor. Wer aber ernsthaft darüber nachdenkt, wie der Atomwelterkrieg mit größtmöglicher Sicherheit verhindert werden kann, wird nicht an diesem konkreten Konzept achtlos vorbeigehen können.

Umfassende Abrüstung

Der Grundgedanke beruht auf der Überlegung, daß erst dann zwischen Staaten kein Krieg mehr stattfinden kann, wenn ihnen alle samt kriegsfähige Waffen fehlen, also „umfassende Abrüstung“ erfolgt ist. Um diesen Zustand einer „Welt ohne Kriegswaffen“ (nicht „ohne Waffen“) effektiv und realistisch erreichen zu können, müssen vorher die notwendigen sicherheitspolitischen Maßnahmen auf Weltebene getroffen werden. Der Verzicht auf nationale oder kollektive Verteidigungswaffen ist einer verantwortlichen Staatsführung nur dann möglich, wenn es einen übernationalen Friedensschutz gibt, der das eigene Land wie alle anderen Staaten besser zu schützen in der Lage ist, als es nationale Selbstverteidigung oder kollektive Abwehr je könnte.

Von diesem Grundgedanken aus führt die nüchterne Feststellung, daß es trotz UNO diesen „übernationalen Friedensschutz“ gegenwärtig nicht gibt, zu der Folgerung,

ihn als überlebenswichtiges Zukunftprojekt zu schaffen und außenpolitisch zu initiieren. Zuerst Aufbau des übernationalen Friedensschutzes! Dann die umfassende Abrüstung in einer Form, die dem neuen Sicherheitskonzept entspricht: nicht risikoreiche „Ab“-Rüstung also, sondern systematische Umwandlung der Kriegswaffen in Schutzwaffen, der Streitkräfte in Schutzkräfte, der Kriegsgewalt in Rechtsgewalt, des Abschreckungsfriedens in den Abrüstungsfrieden. Die Zielperspektive ist demnach eine „Welt ohne Krieg“, aber keine „Traumwelt“ des Friedens, sondern eine Zukunftsmenschheit, die zwar das gegenseitige Massenmorden von Menschen durch Staaten gemeinschaftlich abgeschafft hat, dafür aber einen um so besseren, menschlicheren Schutz miteinander, füreinander und – leider auch – voneinander schon vorher aufbauen konnte. Dies entspricht der Herausforderung des Atomzeitalters: ideologische Feindbilder, so kräftig sie auch gepflegt werden, dürfen nach Erfindung der Atom-bombe keine entscheidende Rolle mehr spielen. Wie vor dem Gesetz alle gleich sind, so müssen auch vor einer verantwortbaren Friedensform alle Menschen auf der Erde gleich schutzwürdig sein. Konkret führt dies zu einem Friedensschutzangebot, das unterschiedslos für alle Staaten und Menschen akzeptabel sein muß, wobei lediglich offen bleibt, wer dieses freie Marktangebot nun wirklich „kauft“ und in eigenes Handeln umsetzt.

Konvention für umfassende Abrüstung

Zwar erfordert dieses Verfahren ein Umdenken und Umlenken von gegeneinander gerichteter Verteidigungsstrategie auf miteinander ausgeübte Schutzstrategie. Aber die konkret vorgeschlagene künftige Form der Kriegsverhütung baut

auf der gegenwärtigen Form des Abschreckungsfriedens systematisch auf und ist ohne ihn nicht denkbar. Die Adressaten sind ja die Staaten. Wie immer auch ihre Sicherheitspolitik gegenwärtig gestaltet ist: ihre jeweilige Staatspolitik bleibt sowohl mit ihrer militärischen Abwehrseite wie mit ihrer politischen Entspannungsseite zunächst unangetastet, ja, ist die Voraussetzung dafür, daß der Staat sich ohne Sicherheitsrisiko an dem internationalen Aufbau des Schutzsystems beteiligen kann.

All diese Überlegungen werden nicht in theoretischer Allgemeinform vermittelt, sondern konkret in einem für alle Staaten gleich zumutbaren Konzeptions-Modell unter dem Namen ENTWURF EINER KONVENTION FÜR UMFASSENDEN AB-RÜSTUNG UND GESCHÜTZTEN WELTFRIEDEN angeboten. Es wurde bereits an sämtliche Regierungen versandt.

Aus dem Inhalt:

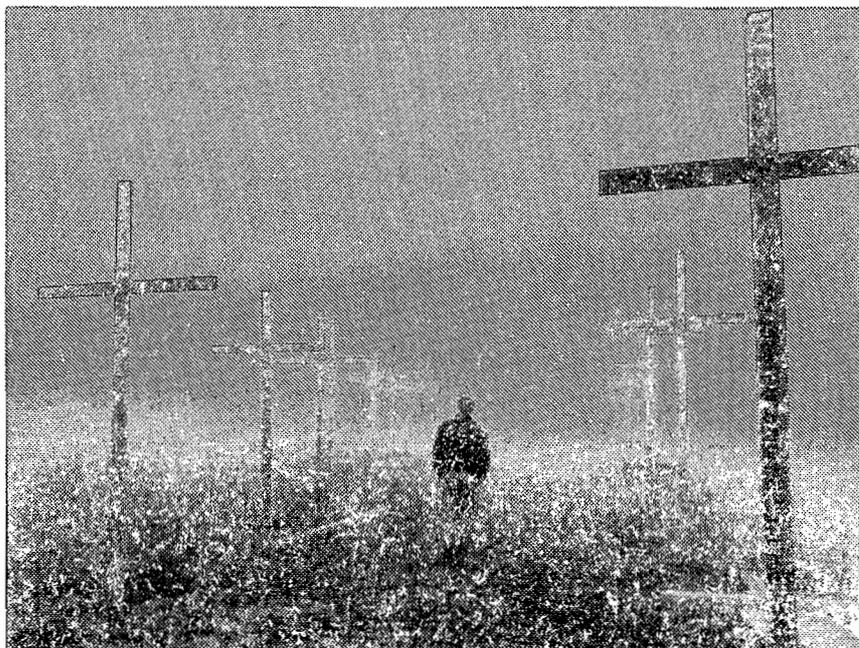
„Friede auf Erden“	1
Die Zeit ist reif für eine neue Dimension der Vertrauensbildung	3
Zur Diskussion gestellt	5
Raiffeisen – Hoffnung für den ländlichen Raum	7
Protestantische Profile	10
Buchbesprechungen	11
Aus unserer Arbeit	13
Öffnung zu einer neuen Wirklichkeit	15

Ausgangspunkt ist die gegenwärtige Friedens-, Sicherheits-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik, was in der PRÄAMBEL so zusammengefaßt ist, daß „... die zur Zeit vorhandenen militärischen Abschreckungsmittel nicht zur Androhung und Anwendung von Gewalt eingesetzt und statt dessen alle Möglichkeiten der Entspannung, Rüstungsbeschränkung und friedlichen Regelung von Streitkräften wahrgenommen werden“. Auf dieser Basis läßt sich dann „... gemeinsam eine Friedensordnung aufbauen ... , wenn alle abrüstungswilligen Staaten in souveräner, gleichberechtigter und gemeinsamer Entscheidung einen übernationalen Friedensschutz bilden, der handlungsfähig ist, die umfassende Abrüstung sicher durchzuführen und danach den Weltfrieden wirksam zu schützen“.

Denjenigen Staaten, die mit dem Konventions-Entwurf (20 Artikel, 46 Seiten) Gelegenheit haben, das Gesamtkonzept zu prüfen, würde dann im Zustimmungsfall dieser Entwurf als erste Beratungsgrundlage für die „Vorbereitungs-Konferenz“ dienen. Mit der Unterschrift unter die RESOLUTION betreten sie außenpolitisch den „dritten Weg“, wie wir ihn neben dem militärischen Verteidigungsweg 1 und dem politischen Spannungsweg 2 als selbständigen Weg vorschlagen. Der „dritte Weg“ ist ein rein zusätzlicher Weg, der lediglich außenpolitisch vorwärts führt und solange die Begleitfunktion der nationalen Verteidigungskräfte benötigt, bis auf der Weltebene der übernationale Friedensschutz funktionsfähig geworden ist und ihm die globale Sicherheitsverantwortung durch einen gemeinsamen Beschluß aller „Teilnehmerstaaten“ übertragen werden kann. Die verändernde Einwirkung richtet sich ausschließlich auf die Weltebene, wo die UNO einen sicherheitspolitischen Zusatzfaktor benötigt, um ihre Aufgabe der Friedenswahrung voll erfüllen zu können.

Zweckbündnis „Abrüstung“

Zur Initiierung dieses „Schutzsystems“ ist jeder Staat geeignet, unabhängig von seiner territorialen



Holzkreuze als Symbol des Lebens.

Foto: poly-press

Größe, politischen Verfassung, militärischen Stärke und Bündniszugehörigkeit. Anders als bei direkten Abrüstungsinitiativen, wo es auf die Zustimmung der am stärksten gerüsteten Staaten, insbesondere USA und UdSSR, ankommt, kann bei diesem indirekten Abrüstungsweg, der ja rein politischer Natur ist, jeder Staat, auch der kleinste, beginnen und mitwirken. Für den Anfang genügen 2-3 Staatsregierungen, um den Aufbauprozess für den „übernationalen Friedensschutz“ am Konferenztisch in Gang zu setzen. Die Form der „Konvention“ als das hier geeignete Vertragsmodell erlaubt den jederzeit möglichen, offenen Beitritt von Staaten, die sich dem Ziel einer von Kriegswaffen freien, aber gut geschützten Welt verpflichten wollen. Hier werden ja keine Waffen, sondern „Teilnehmerstaaten“ gezählt. Je mehr es werden, um so rascher wird das erste Nahziel erreicht, durch eine Überlegenheit der zum „Zweckbündnis Abrüstung“ verbundenen Staaten jene Schutz- und Rechtsform international durchzusetzen, die den Weg in eine angstfreie Zukunft öffnet. Angepackt, ist dieser „geschützte Weltfrieden“ alles andere als eine Utopie, um dieser Realpolitik willen in der Zielperspektive allerdings auch kein schwärmerischer „Traumfrieden“, da er nach wie vor die Rechtsgewalt enthält, die im innenpolitischen Staatsleben bereits praktiziert wird und nun-

mehr auf die Weltebene übertragen werden soll, wo sie die Geschwister Frieden und Gerechtigkeit zusammenbringt.

Der Konventions-Entwurf nennt in umkehrbarer Reihenfolge drei Zeitphasen: die Vorbereitungsphase I (veranschlagt 7 Jahre), die Ab- und Umrüstungsphase II (ca. 3 Jahre) und die Phase III des geschützten Weltfriedens (ohne Zeitgrenze). Die detailliert beschriebenen drei Etappen in Phase I und die drei Ab- und Umrüstungsstufen II können hier nicht dargestellt werden. Die Zielgruppenperspektive für die Stufe III des geschützten Weltfriedens gibt dem Völkerrecht (einschließlich des theoretisch bereits vorhandenen Kriegsverbots) die globale Durchsetzbarkeit: den beiden bereits bestehenden Organen, der UNO und dem Internationalen Gerichtshof, wird der „übernationale Friedensschutz“ mit seinen drei Organen Friedenskonferenz, Friedensrat und Friedensstab hinzugefügt. Der „Friedensschutz“ und seine Organe werden in ihren Aufgaben und streng begrenzten Funktionen genau beschrieben. Ebenso werden die politischen, militärischen, wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Folgen behandelt, die sich aus den drei Formen der Ab- und Umrüstung (Eliminierung, Umrüstung, Konversion) und der neuen Lage eines allseits geschützten Dauer-

friedens ergeben, dies sowohl in bezug auf die Innen- wie Außenpolitik der Teilnehmerstaaten in einer interdependenten Welt.

Eine bessere Friedenssicherung

Die Bundesrepublik Deutschland ist naturgemäß in diesem Konzept, das gleiches Friedensrecht für alle Staaten will, wie jeder andere Staat behandelt. Trotzdem wäre sie aus vielerlei Gründen hervorragend geeignet, Initiatorstaat zu werden. Bei der Regierung, dem zuständigen Außenministerium und den Parteien ist das Konzept und die Gründe, die zum sofortigen Umsetzen in Politik führen könnten, längst bekannt. Der Staatsbürger und die Staatsbürgerinnen könnten als Mitverantwortliche für die Friedenswahrung, soweit der jetzige Abschreckungsfrie-

den ihnen trotz der gegenwärtigen Entspannungssära Unbehagen oder Ängste verursacht, hier ein Modell vorfinden, das ihnen eine neue Zukunftsperspektive eröffnet. Die Kirchen könnten das Ziel einer „Weltfriedensordnung“, von dem sie zwar gelegentlich reden, das sie aber nie durch einen vorgelegten Vertragstext wirklich anpeilen, nunmehr in einem konkreten Konzept den Politikern als Handlungsunterlage für ihre ergänzungsbedürftige Friedenspolitik empfehlen. So könnten sie ihre richtige Absicht, man müsse die jetzige makabre, mit gefährlichen Atomwaffen gesicherte Friedensperiode ausnutzen, um weltpolitisch eine bessere Friedenssicherung zu erreichen, mit Inhalt füllen und in die Tat umsetzen. Denn das Engagement für eine konkret beschreibbare Weltfriedensordnung gehört zum

christlichen Aufgabenbereich und kann sowohl Regierung wie Volk, Rüstungsgegner wie Rüstungsbefürworter, Politiker wie Militär, Christen wie andere Religionen zu einer gemeinsamen Friedenskampagne vereinen. Es geht dabei nicht um unerfüllbare Einigungsbestrebungen, sondern um das gemeinsame Erreichenwollen eines für alle gleichermaßen erstrebenswerten und vorteilhaften Zieles: den stabilisierten Weltfrieden für alle!

Gewiß bleiben noch viele Fragen offen. Wir beantworten sie gern.

Unter folgender Adresse: Rüsselsheimer Friedensinitiative, Herrn Willi Göttert, Liebigstraße 28, 6090 Rüsselsheim, findet man die Partner für ein mündliches (Tel. 0 61 42/5 97 32) oder schriftliches Gespräch.

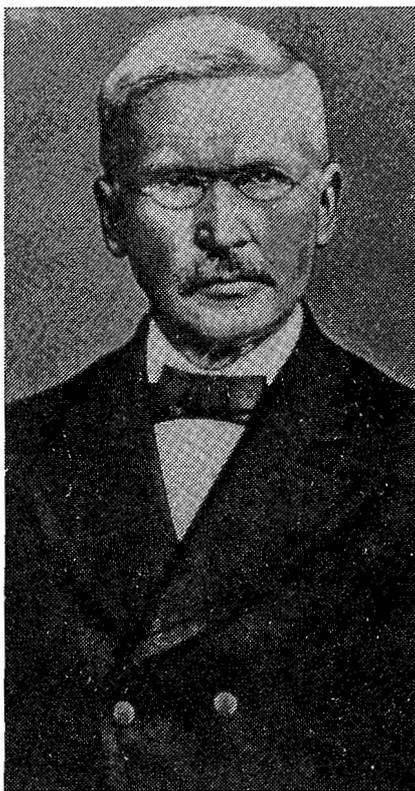
Raiffeisen – Hoffnung für den ländlichen Raum

Albert Rathjen

In diesem Jahr jährte sich zum 100. Mal der Todestag des Genossenschaftsgründers und Sozialreformers Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Dieser Tag war für viele Genossenschaftler ein Anlaß, über das Leben dieses großen Mannes nachzudenken, sein Werk sowie die vollbrachten genossenschaftlichen Leistungen zu würdigen und um die bewegende Kraft der Genossenschaftsidee sichtbar zu machen.

Raiffeisens Lebensweg

Friedrich Wilhelm Raiffeisen wurde am 30. März 1818 in Hamm geboren. Der größte Teil seines Lebens spielte sich im Westerwald, im „Land der armen Leute“, ab. Er wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf, die ihn wohl auch stark geprägt haben. Nachdem der Vater als Ernährer und Erzieher schon recht früh ausgefallen war, lag die Last der Verantwortung allein bei der frommen und willensstarken Mutter. Trotz seiner Begabung konnte der junge Raiffeisen nicht



Friedrich Wilhelm Raiffeisen,
1818 – 1888

studieren. Jedoch hat der Ortspfarrer Georg Seippel ihm manches auf den Lebensweg mitgeben können, was weit über die damaligen schulischen Lerninhalte hinausging. In enger Verbindung mit der Mutter und dem Pfarrer hat der junge Friedrich Wilhelm Geborgenheit in einem tätigen Christentum gefunden und dieses auch ein Leben lang praktiziert.

Seine im Jahre 1835 begonnene militärische Laufbahn mußte er schon nach acht Jahren wegen eines Augenleidens beenden. Raiffeisen nimmt die Arbeit bei der zivilen Verwaltung auf. Nach einer kurzen Tätigkeit bei der Regierung in Koblenz und als Kreissekretär in Mayen wird er im Jahre 1845 Bürgermeister in Weyerbusch im Westerwald. Schon 1848 wird er nach Flammersfeld und 1852 nach Heddendorf bei Neuwied versetzt. Das Jahr 1865 bringt für ihn seine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, da sich seine Gesundheit zunehmend verschlechterte. Zwei Jahre vorher hatte er seine Frau

verloren. Obwohl seine Pension kärglich war und seine vier Kinder noch in der Ausbildung standen, resignierte Raiffeisen nicht. Seltsamerweise wurden in ihm ungeahnte Kräfte frei für sein Lebenswerk: den Aufbau eines mehrstufigen Genossenschaftswesens.

Die Not der Bauern

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird in Preußen die Bauernbefreiung durchgeführt; andere Länder im deutschsprachigen Raum folgen. Sie brachte für die ländliche Bevölkerung neben vielen Vorteilen auch manche Probleme. In einigen Gegenden, wo mit der Grundherrschaft auch viele Schutzpflichten des Grundherrn entfielen, spitzte sich die Lage zu. Vielen Bauern standen nicht die Mittel zur Verfügung, die sie zur Grundentlastung benötigten. Sie verschuldeten sich, einige mußten sogar ihre Höfe verkaufen und verloren damit ihre Existenz. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in den ländlichen Regionen verschlechterten sich zu einer wahren Landplage und trieb die Menschen in die Ausweglosigkeit und Verzweiflung.

Die im stürmischen Tempo um sich greifende Industrialisierung ermöglichte eine bis dahin nicht geahnte Steigerung der Güterproduktion und des Volkseinkommens. Aber sie löste auch die auf ständischen Ordnungen und auf Handwerk und Landwirtschaft ruhende Wirtschaftsverfassung der vorkapitalistischen Zeit auf. An ihre Stelle trat die Gesinnung und die Handlungsweise des Liberalismus. Sie äußerten sich in einem ungehemmten Gewinnstreben, einem Kampf aller gegen alle, der keine Rücksicht auf den anderen und Nächsten und keine Verantwortung gegenüber dem allgemeinen Wohl anerkannte. Der Staat wurde in die Rolle des Nachtwächters verwiesen.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Schattenseiten dieser stürmischen Entwicklung, deren Erbe auch noch unsere Gegenwart belastet, zeigten sich in der Zusammenballung großer, wurzellos gewordener Arbeitsmassen in düsteren Wohnsiedlungen der schnell aus dem Boden wachsen-

den Industriezentren, in dem Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum und in der Mobilisierung des Grundvermögens. Der Übergang zur modernen Geldwirtschaft stellte die Landwirtschaft wie den gesamten Mittelstand in den ländlichen Regionen, aber auch in den kleinen Städten, vor ungewohnte Probleme. Um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken, war eine Reihe von Maßnahmen notwendig, die in Raiffeisens wirtschaftspädagogischem Konzept eng zusammenhängen.

Raiffeisens ökonomisch-soziale Konzeption

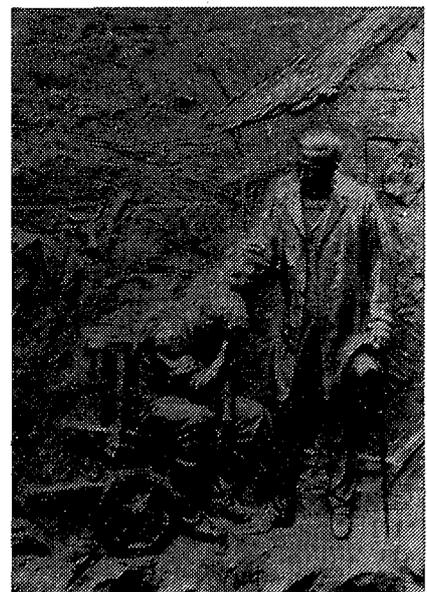
Raiffeisen hat die wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungsformen des seine Zeit bewegenden Wandlungsprozesses in seinem Buch über die Darlehnskassenvereine dargestellt. Die Antwort auf die ihn bedrängenden Fragen findet er in seiner tief in ihm wurzelnden christlichen Lebensanschauung. Den von ihm als verhängnisvoll erkannten Auswüchsen des Zeitgeistes stellte er die Lehre der Bergpredigt entgegen. Wer zuerst nach dem Reich Gottes trachtete, dem fällt auch an irdischen Gütern zu, was er braucht. Auch in unserem wirtschaftlichen Handeln werden wir an unseren Früchten erkannt. „Auf wirtschaftlichem Gebiet“, so sagte er, „mit welchem wir es zu tun haben, kommt es lediglich auf diese Früchte an, also auf die Erfolge einer christlichen Liebestätigkeit, auf die praktische Betätigung des Christentums im öffentlichen Leben.“ Als Grundsätze des ökonomischen Verhaltens nannte Raiffeisen das ethische Gebot der Nächstenliebe, die Rücksichtnahme und die Verantwortung gegenüber dem Ganzen. Bezeichnend für die Richtigkeit seines Strebens ist, daß er zwar auch die wirtschaftliche Situation der Menschen verbessern wollte, die dazu selbst nicht mehr in der Lage waren; aber in erster Linie ging es ihm um die Verbesserung der sozialen Situation.

Aber Raiffeisens Ideen, Gedanken und Forderungen wurden erst fruchtbar, als und weil er sofort ihre organisatorischen Konsequenzen bedachte und in Taten umsetzte.

Nach dem Hungerwinter 1846/47 gründete er den „Weyerbuscher Konsumverein“, auch „Brodverein“ genannt. Es folgte bald darauf der „Flammersfelder Hilfsverein“ und im Jahre 1854 der „Heddendorfer Wohltätigkeitsverein“.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgeerscheinungen einer sich überstürzenden technisch-industriellen Entwicklung erfüllten Raiffeisen mit Schmerz und Trauer. Was er dachte, um helfend einzugreifen, entsprang einem in christlichen Überzeugungen wurzelnden Verantwortungsbewußtsein. Aber was er unternahm, um Abhilfe zu schaffen, war das Resultat nüchterner, praktischer, von soliden Kenntnissen und Lebenserfahrungen getragener Verstandesarbeit. Seine Konzeption war der genossenschaftliche Zusammenschluß mit dem Ziel, **die Kräfte des einzelnen durch gemeinsames Wirken mit Gleichgestellten und Gleichgesinnten zu vervielfachen.**

Die Richtlinien für Aufbau und Arbeit der Genossenschaften hat Raiffeisen schon 1866 in seinem Buch „Die Darlehnskassenvereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter“ niedergeschrieben. Bis heute haben sie kaum etwas von ihrer Gültigkeit verloren.



Relief am Raiffeisen-Denkmal in Neuwied am Rhein. Es soll darstellen: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Matth. 25,40)

Das Kernstück des Raiffeisen-Systems ist die gemeinschaftliche **Selbsthilfe**. Der große Genossenschaftsgründer war der Ansicht, daß die entscheidende Tat von den Hilfsbedürftigen selbst vollbracht werden müsse, und zwar durch gemeinschaftliches Handeln. Das, was dem einzelnen nicht möglich sei, könne durch vereinte Kraft erreicht werden. Damit war das Grundprinzip der gemeinschaftlichen Selbsthilfe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß aufgestellt. Zwei Elemente, nämlich der Zusammenschluß einer Anzahl von Personen zu einer Gemeinschaft und die Zweckbestimmung, durch die Vereinigung der Kräfte eine gegenseitige wirtschaftliche Förderung der Beteiligten zu erreichen, machen das Wesen der genossenschaftlichen Selbsthilfe aus. Raiffeisen verlangte von den Genossenschaftsmitgliedern den Willen zur Selbsthilfe und zur Mitarbeit in der Genossenschaft. Auf das Grundprinzip der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft legte er besonderen Wert.

Neben der auf Freiwilligkeit beruhenden Bereitschaft zur aktiven Selbsthilfe durch gemeinschaftliches Handeln muß bei den Mitgliedern auch das Bewußtsein vorhanden sein, daß letztlich sie selbst die Verantwortung für eine erfolgreiche Entwicklung ihrer Genossenschaft tragen. Es ist eine Aufgabe der Erziehung zu genossenschaftlichem Denken. Wo dieses Bewußtsein nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist, muß es geweckt, gefördert und gefestigt werden. Wenn die Mitglieder der Genossenschaft für deren Schicksal verantwortlich sind, so müssen sie auch das Recht haben, ihre Genossenschaft selbst zu verwalten. So ist das Prinzip der **Selbstverantwortung** eng mit dem der **Selbstverwaltung** verbunden. Die genossenschaftliche Selbstverwaltung findet ihren sinnfälligsten Ausdruck in der Generalversammlung, in der die Mitglieder das Recht zur autonomen Regelung aller die Genossenschaft betreffenden grundsätzlichen Angelegenheiten ausüben.

Die Generalversammlung ist nicht nur das oberste Willensorgan der Genossenschaft, sondern soll zugleich ein Forum der Begegnung

der Mitglieder und damit ein tragender Grund für deren Bereitschaft zum Mitdenken sein. Die Möglichkeit, durch eine gut vorbereitete und entsprechend gestaltete Generalversammlung erzieherisch einzuwirken, hat Raiffeisen frühzeitig erkannt und aus dieser Erkenntnis die praktischen Schlußfolgerungen für seine Arbeit gezogen.

Diese kurz dargestellten Grundprinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung sowie der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft sind wichtige und auch zeitlos gültige Wesensmerkmale der Raiffeisen-Genossenschaften. Die Regeln der Organisation und Verfahrensweise sind von diesen Grundprinzipien scharf zu unterscheiden. Diese Regeln beruhen in erster Linie auf Zweckmäßigkeitserwägungen, so daß ihre Bedeutung nur mit Rücksicht auf bestehende Rahmenbedingungen bestimmt werden kann. Wenn sich diese Rahmenbedingungen ändern, dann kann sich im Interesse der Sicherung der Lebensfähigkeit und der Erreichung einer hohen Leistungskraft der Genossenschaft auch eine Anpassung der Organisations- und Verfahrensregeln als sinnvoll und notwendig erweisen.

Die Ausbreitung des Genossenschaftswesens

Die auf diese Prinzipien gegründete Genossenschaftsidee der gegenseitigen Hilfe hat noch zu Raiffeisens Lebzeiten in vielen europäischen Ländern Fuß gefaßt. Inzwischen hat sie eine weltweite Ausbreitung erfahren. Wie ist es dazu gekommen, daß die Gedanken eines bescheidenen Amtsbürgermeisters aus dem Westerwald einen Siegeszug um die ganze Welt antreten konnten? Raiffeisens Idee fiel auf fruchtbaren Boden. Gleiche Ursachen erforderten die gleichen Wirkungen. Sicherlich war es die überzeugende Ausstrahlungskraft dieser faszinierenden Persönlichkeit, allerdings auch die gut durchdachte und einfache Allgemeinverständlichkeit seiner Konzeption. Die damaligen wirtschaftlichen und sozialen Zustände waren nicht nur zufällige spezifische Erscheinungen

seiner engeren Heimat. Diese Probleme traten in allen Industrieländern auf; Massen von kleinen Bauern, ländlichen Handwerkern und Gewerbetreibenden mit unzulänglicher geistiger und materieller Ausrüstung standen den Erscheinungsformen der frühkapitalistischen Zeit hilflos gegenüber. Sie waren auf sich allein gestellt und konnten in einer Wirtschaftsverfassung nicht bestehen, in der man auf rücksichtslosen Kampf um die Selbstbehauptung eingestellt war. So waren sie zur Aufgabe ihrer Existenz gezwungen. Im Angesicht der Bedrohung mußte ihnen die genossenschaftliche Idee, die ihnen Hilfe durch gemeinschaftliche Selbsthilfe verheiß, geradezu wie eine Offenbarung erscheinen.

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte erlebten Deutschland und die benachbarten Länder eine Welle genossenschaftlicher Ausbreitung. Auch in den Entwicklungsländern faßten die Raiffeisen-Genossenschaften Fuß. In diesen Staaten handelt es sich weitgehend um Wirtschaftsstrukturen mit einem hohen Anteil Erwerbstätiger, die in der Landwirtschaft tätig sind. Die Zukunft dieser Länder hängt weitgehend davon ab, daß ihre Landwirtschaft in die Lage versetzt wird, ihre stark wachsende Bevölkerung ausreichend zu ernähren, d. h. mehr und für den Markt zu produzieren. Damit stehen diese Länder vor den gleichen Problemen, die etwa 140 Jahre früher in Europa den Anlaß für den Aufbau ländlicher Genossenschaften gegeben haben. Auch in den Entwicklungsländern sind diese Probleme wirtschaftlicher wie gesellschaftspolitischer Art. Auch dort können sie nur bewältigt werden durch ein harmonisches Zusammenwirken von wirtschaftlicher Vernunft mit dem Geist gegenseitiger Hilfsbereitschaft. Im Kampf gegen den Hunger in der Welt, dessen Erfolg die Zukunft der Menschheit wesentlich mitentscheidet, können Genossenschaften nach dem Vorbild Raiffeisens vielen Menschen helfen, aus Hunger, Elend und Abhängigkeit zu Freiheit und Sicherheit zu finden.

Protestantische Profile

Heiko Hoffmann

Im Rahmen der Reihe „Protestantische Profile“ schreibt Heiko Hoffmann, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, heute über die „Kraft christlichen Denkens“.

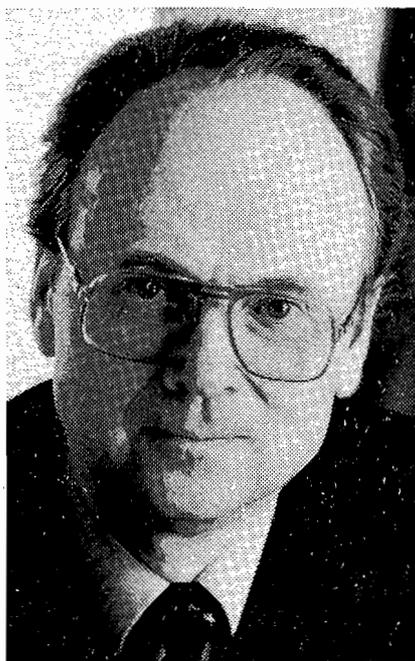
Die Frage nach dem Einfluß christlicher Wertvorstellungen auf Parteien und Politiker möchte ich zunächst mit Blick auf die eigene Person beantworten. Die Erfahrungen, die ich in meiner Jugend in der DDR gemacht habe, haben mich in die Politik geführt. Ich war aktives Glied in der Evangelischen Jungen Gemeinde in Gernrode im Harz. Durch die Art und Weise, wie die Machthaber in der DDR mit Menschen umgingen, insbesondere auch mit der Jugend, wuchs in mir der Wunsch, politisch aktiv sein zu können.

Nach meiner Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland habe ich mich im Januar 1954 der Jungen Union und der CDU angeschlossen. Ich wollte in einem freien Staat die Chance nutzen, die man als Bürger hat, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Ich bin der Überzeugung, christlicher Glaube ist keine Privatangelegenheit. Er fordert den Einsatz für andere Menschen und deshalb auch für Gesellschaft und Staat.

Wir Menschen suchen eine geistige Orientierung, die unsere irdische Existenz in das Ganze des Schöpfungsgeschehens einordnet. Ein rein diesseitiges Glücksstreben ohne transzendenten Bezug läßt die entscheidende Frage nach dem Sinn des Lebens letztlich unbeantwortet. Die christliche Botschaft war und ist Antwort auf diese Sinnfrage. Diese Botschaft schließt den Auftrag ein, die Welt zu gestalten und die Schöpfung zu bewahren. Sie will den Menschen den Glauben vermitteln, als Geschöpfe von Gott angenommen zu sein. Solcher Glaube macht Mut zur Zukunft und schafft Vertrauen in die Beherrschbarkeit auch des technischen Fortschritts.

Wir wissen, daß wir nicht alles dürfen, was wir können. Aber wir wissen auch, daß wir längst noch nicht alles können, was wir dürfen.

Den Schöpfungsauftrag haben wir im Wissen um die Begrenztheit unserer Erkenntnisfähigkeit zu erfüllen. Dies rät uns zu umsichtigem Mut, zu Gelassenheit und zur stetigen Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen.



Heiko Hoffmann, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion in Schleswig Holstein

Wer, wenn nicht die Kirche, hat die geistige Autorität, mahnend an ein Schöpfungs- und Weltverständnis, an ein Menschenbild zu erinnern, das uns lehrt, die Endlichkeit unserer Existenz in Demut anzunehmen. Es ist die Lehre vom Irrtum, Schuld und Vergebung angesichts der Begrenztheit unserer irdischen Existenz. Der Christ weiß um die begrenzte Erkenntnisfähigkeit des Menschen. Bei aller subjektiven Gewißheit seiner Glaubensüberzeugung weiß er, daß er in irdischen Fragen irren kann, daß er kein Monopol hat auf irdische Wahrheit. Mit dieser Einsicht ausgestattet bleibt

er reserviert gegenüber Absolutheitsansprüchen und erhebt sie selbst auch nicht. Er weiß, daß es auf Erden nicht um die „letzten“, sondern eben um die „vorletzten Dinge“ geht. Es ist aber die christliche frohe Botschaft, die den Menschen Mut und Hoffnung geben will.

Mit dieser Botschaft ist das Christentum eine geistige Macht geworden. Eine Macht, der das Abendland entscheidende Anstöße für politischen und zivilisatorischen Fortschritt verdankt. Das Christentum hat wesentlichen Anteil am Entstehen unserer demokratischen Kultur des Konsens, an der Überwindung des Freund-Feind-Denkens und der politischen Idee der Versöhnung zwischen den Völkern. Mehr denn je sollten wir uns alle dafür einsetzen, daß die konsensstiftende Kraft christlichen Denkens wirkungsvoll bleibt.

Neue Beauftragte der Parteien sollen Verbindungen pflegen

Bonn. Die Unionsparteien im Bundestag haben in dieser Woche die Ernennung von zwei Abgeordneten als Verbindungsmänner der Fraktionsführung zu den beiden Kirchen bestätigt. Für den evangelischen Bereich übernahm diese Aufgabe der Landwirt Jochen Borchert (48) aus Bochum. Kontaktmann zur katholischen Kirche ist der Betriebswirt Manfred Carstens (Emstek). Zuvor hatten die Sozialdemokraten eine Kirchenbeauftragte ernannt, die für beide Konfessionen zuständig ist: Rechtsanwältin Herta Däubler-Gmelin aus Dußlingen (Württemberg), seit 1972 Mitglied des Bundestags und seit August stellvertretende Parteivorsitzende.

Borchert ist über die evangelische Jugend und die Junge Union zu Ehrenämtern in Kirche und Partei gekommen. Er war von 1970 an Presbyter in Gelsenkirchen und von 1972 bis vor wenigen Monaten nebenamtliches Mitglied der westfälischen Kirchenleitung. Als CDU-Mitglied seit 1965 wurde er zehn Jahre später in den Kreisvorstand der Union in Wattenscheid gewählt. Er ist auch stellvertretender Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Buchbesprechungen

Detlev Block: Leselöwen-Engelgeschichten, 60 Seiten mit 30 Illustrationen von Theodor Eberle, Loewes Verlag, Bindlach 1988

Engel stellen wir uns meist mit silbernem oder goldenem Lockenhaar, Pausbacken oder mit flammendem Schwert vor. Dabei erzählt die Bibel ganz anders über Engel. Mit den Engelgeschichten bringt Detlev Block dem jungen Leser anhand der Bibelüberlieferung die eigentliche Bedeutung der Engel nahe: Engel sind Boten, Boten von Gott. Der Weihnachtsengel z. B. verkündet den Hirten die Frohe Botschaft von der Geburt Christi. Und der Osterengel berichtet den Frauen vom Wunder der Auferstehung. Die acht Geschichten zeigen aber auch, daß nach christlichem Verständnis Engel von ganz verschiedener Art sein können. Und so steht als Kernaussage hinter allen Geschichten: Wenn du einem anderen hilfst oder ein gutes Wort zu ihm sagst, bist auch du ein Bote Gottes, kannst selbst du ein Engel sein.

Der Autor, Detlev Block, 1934 in Hannover geboren, lebt als Pfarrer und Schriftsteller in Bad Pyrmont (Niedersachsen).

Irmgarth Weth: Neukirchener Kinder-Bibel, 352 Seiten, Kalenderverlag des Erziehungsvereins, Neukirchen 1988. (15 Kapitel und 139 Geschichten)

Die Neukirchener Kinder-Bibel erzählt in einfacher, anschaulicher Sprache und orientiert sich dabei an der elementaren Sprache der Bibel. Sie eignet sich besonders zum Vorlesen. Sie baut die einzelnen Erzählungen aufeinander auf und entfaltet dabei Gottes Heilswerk mit den Menschen. Sie empfiehlt sich zur fortlaufenden Lektüre. Sie enthält auch solche biblischen Geschichten, die für das Wachstum des Glaubens über das Kindesalter hinaus von Bedeutung sind. Sie versteht sich als bewußte Hinführung zur Bibel.

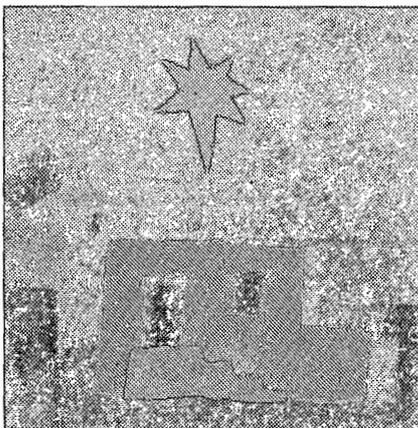
Sie gibt im Anhang eine Einführung in die biblischen Texte und Themen für Eltern und Erzieher und alle interessierten Erwachsenen. Sie dient als Anleitung zum eigenen Bibelstudium und als Anregung für das eigene Erzählen. Die ausdrucksstarken Farbbilder von Kees de Kort eröffnen einen eigenen Zugang zu den biblischen Erzählungen. Sie eignen sich hervorragend zur Bildbetrachtung in Familie, Schule, Kindergarten und Gemeinde.

Günter Olzog (Hrsg.): Friedens-Lesebuch. Aus den Ansprachen der Preisträger des Deutschen Buchhandels, 160 Seiten, kart., Günter Olzog Verlag GmbH, München 1988

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels gehört zu den in der demokratischen Welt angesehensten Auszeichnungen. Seit 1951 wird er den Preisträgern unterschiedlichster Nationalität und Religionszugehörigkeit für ihr uneingeschränktes Eintreten für den Frieden in der Welt verliehen.

Aus den Ansprachen der Preisträger sind in diesem Taschenbuch Auszüge aus 37 Bekenntnissen, Mahnungen und Appellen ausgewählt und in 7 Themenschwerpunkten zusammengefaßt worden.

Faszinierend und klar formuliert wird der Leser zur Reflexion des eigenen Verhaltens und Urteilsvermögens ange-regt.



Die Abbildung ist der Neukirchener Kinder-Bibel entnommen.

Walter Jens (Hrsg.): Es begibt sich aber zu der Zeit. Texte zur Weihnachtsgeschichte – von Ilse Aichinger bis Eva Zeller. 500 Seiten, Radius-Verlag, Stuttgart 1988.

Weihnachtsgeschichten und -gedichte, die aus unserer Kindheit in unsere Gegenwart hinüberscheinen, für

*Allen Lesern der
Evangelischen Verantwortung
wünschen wir ein
gesegnetes Weihnachtsfest!*

viele unverzichtbare Bestandteile der Weihnachtstradition, aber auch solche, die harmoniestörend angestrengte Einverständlichkeiten sprengen. Kontraste werden nicht verschleiert, Sentimentales an Unsensibles angebaut.

Wird auf der einen Seite das Ende der Idylle verkündet, die runde, pausbäckige Fröhlichkeit von Weihnacht angesichts des Unheils in der Welt denunziert, steht in der Mitte der Versuch, in all dem äußeren Schein einen Abglanz des wirklichen Weihnachtslichtes zu finden, und schließlich auf der anderen Seite das Pastell von Hirten und Engeln, Ochs und Esel, Krippenandacht. Eine anthologische Melange, die sich aus unserer weihnachtlichen Gefühlsmengelage ergibt. Die Programmierung auf das Fromme und die Rekapitulation des heimeligen Vertrauten soll einen Stoß bekommen und doch der Überfluß an Gemüt, Gefühl und guten Werken an Weihnachten ernstgenommen werden.

Keine Entwürfe für eine „andere Weihnacht“, sondern einen Leitfadens, unsere Weihnacht wieder- und neuzufinden, will das Weihnachtsbuch von Walter Jens bieten.

Helmut Matthies (Hrsg.): Wie wird man Christ, Herr Bischof? Das Generalthema der Kirche. 144 Seiten, zahlr. Abb., Brendow Verlag, Moers 1988

Als wichtigste Aufgabe für die Kirche in der Gegenwart hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Berliner Bischof **Martin Kruse**, die Antwort auf die Frage „Wie wird man Christ? Wie bleibt man Christ?“ bezeichnet. Mit diesem Thema hat sich auch die diesjährige Synode der EKD vom 6.-11. November in Bad Wildungen beschäftigt. Das seit zwei Jahren feststehende Schwerpunktthema war für den Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) Anlaß für eine Serie. Erstmals haben fast alle evangelischen Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland Antwort auf diese zentralen Fragen gegeben. So persönliche Glaubensdarstellungen von Kirchenleitern sind eine völlige Novität auf dem Buchmarkt.

Darüber hinaus beschreiben Menschen aus völlig unterschiedlichen Situationen, wie sie Christen wurden oder in Konflikten blieben. Es gibt kaum ein Problemgebiet, das hier ausgelassen

wurde: Da finden sich die ehemalige Alkoholikerin wie der Drogensüchtige, der homosexuell empfindende Christ, der in Hamburgs Santa Fu Inhaftierte (Urteil: lebenslänglich), die krebserkrankte Frau bis hin zum Spieler, der seine Sücht nicht kontrollieren konnte.

Die großes Aufsehen erregende Serie und einige bisher unveröffentlichte Beiträge sind im Buch abgedruckt. Insgesamt enthält es 42 Bekenntnisse, die deutlich machen, daß es für Gott keine hoffnungslosen Fälle gibt. Das Buch beginnt mit einem ausführlichen Interview mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Martin Kruse über „Gott und die Welt“.

Familien-Adventskalender 1988, 96 Seiten, DIN A 4, zu bestellen bei: Brot für die Welt, Presse, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 10.

Erstmals gibt „Brot für die Welt“ in Zusammenarbeit mit dem Hänssler-

Verlag einen »Familien-Adventskalender 1988« heraus. Der Kalender beginnt am 1. Advent und endet am Dreikönigstag. In der alten Kirche begann die Weihnachtszeit mit den Fastenwochen des Advent und endete mit dem Weihnachtsfest am 6. Januar (Erscheinungsfest). Hauptpersonen des Kalenders sind Kinder aus Afrika, Asien und Europa und Lateinamerika. Jede Woche wird ein Land vorgestellt, seine Schönheiten landschaftlicher und kultureller Art, aber auch seine Probleme wie Armut und Hunger, Krankheit und Ungerechtigkeit. Bunt und lebendig sind die Geschichten von José und Maada und Josuelito, einfühlsam und kindgerecht, voller Abenteuer. Mit von der Partie sind viele Esel (schließlich spielen Esel schon in der Bibel eine wichtige Rolle). Auch Hinweise auf weihnachtliche Sitten und Gebräuche in Deutschland kommen nicht zu kurz. Weiter gibt es einfache Koch- und Backrezepte, Ba-

stel- und Spielvorschläge, einen Briefwettbewerb nach Mexiko (!), eine Kinderaktion »Mit dem Esel grüßen und Helfen!« am Neujahrs- und Dreikönigstag und vieles andere mehr.

Paul Niemann (Hrsg.): Wieso Weihnachten? – 120 Seiten, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1988

Die Autorinnen und Autoren dieses Buches – Schriftsteller und Journalisten, Theologen und Zweifelnde – stellen sich offen und ehrlich dieser Frage. Anknüpfend an ureigene Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart, denken sie kritisch nach über Sinn und Unsinn von Christbaum und Christkind, Weihnachtsmann und Weihnachtszauber, mit aller Ernsthaftigkeit und Nachdenklichkeit, aber auch mit Ironie und Spott.



„Gib dem Menschen einen Fisch, und er wird einen Tag satt sein. Lehre ihn das Fischen, und er wird nie mehr hungern

Arbeit statt Brot

Viele, gerade junge Afrikaner, geraten in Not, weil sie aus den traditionellen Bindungen ihrer Familien und Dörfer ausbrechen. Die Verlockungen der Metropolen und Medien sind übermächtig. Fast allen fehlt Wissen und die Fertigkeiten, um nicht in den Großstadtlums in Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit zu versinken. Die Kirchengemeinden der großen Hafenstadt Tema haben deshalb eine Berufsberatung für Schulabgänger eingerichtet. Bald folgten dringend

benötigte Lehrwerkstätten. Jetzt muß renoviert und erweitert werden.

BROT FÜR DIE WELT-Spenden könnten helfen.

Postf. 10 1142 · 7000 Stuttgart 10

Brot für die Welt

Postgiro Köln 500500-500

danke!

Als die evangelischen Landes- und Freikirchen die Aktion BROT FÜR DIE WELT ins Leben riefen, war die Bundesrepublik gerade zehn Jahre alt. Viele erinnerten sich dankbar an die Großherzigkeit von Millionen ehemaliger Kriegsgegner. Seit-her sind fast 30 Jahre vergangen. Ist die Welt deshalb besser, menschlicher geworden? Vielleicht sollten wir richtiger fragen: Was wären wir für Christen, wenn es BROT FÜR DIE WELT nicht gäbe? Haben wir nicht den Auftrag, in jedem Fremden den Bruder, die Schwester zu sehen? In jedem Hungernden, Leidenden, Gefolterten Gott selbst?

Wir haben vielfältig Dank zu sagen: Daß wir 30 Jahre lang ein Sprachrohr für die Sprachlosen sein durften. Daß wir trotz mancher Fehler, Versäumnisse und Fehleinschätzungen in der Dritten Welt immer noch ernstgenommen werden. Daß Sie uns Ihre Opfer anvertrauen, uns als redliche Haushalter und Mittler die Treue halten. Erhalten Sie uns Ihr Vertrauen. Wir alle werden durch Weggeben nicht ärmer sondern reicher. Diese Zusicherung gilt – nicht erst seit 30 Jahren!

Aus unserer Arbeit

Kontroverse: Haben Aussiedler Vorrang vor Ausländern?

Bad Wildungen. Zu einer Debatte um die Betreuung von Aussiedlern und Flüchtlingen kam es auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die vom 6. bis 11. November in Bad Wildungen (Nordhessen) stattfand. Es kam zu kontroversen Äußerungen, als der württembergische Dekan i.R. **Kurt Hennig** (Esslingen) erklärte, nach biblischen Aussagen müßten die protestantischen Aussiedler für evangelische Christen Vorrang haben. Er berief sich dabei auf den neutestamentlichen Vers „Laßt uns Gutes tun an jedermann, am meisten aber an des Glaubens Genossen“ (Galater 6,10). Der Präses der EKD-Synode, der SPD-Bundestagsabgeordnete **Jürgen Schmude**, wandte sich mit Nachdruck dagegen, Aussiedler und Flüchtlinge „gegeneinander auszuspielen“. In das Neue Testament dürfe im Blick auf diese Fragen keine „Stufenfolge“ hineingebracht werden. Ähnlich äußerte sich auch der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister **Albrecht Martin** (Mainz). Christen hätten die Verpflichtung, „allen, die in hoher Not sind, zu helfen.“

Arbeitslosigkeit beeinträchtigt die Freiheit eines Menschen

Mainz. Arbeitslosigkeit mache unselbständig, krank und zerstöre die Leistungsbereitschaft des Menschen, meinte der langjährige sozialpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, **Heribert Scharrenbroich**, MdB, bei der Herbsttagung des EAK Mainz. Die Teilnehmer folgten dem aktuellen und brisanten Thema „Leben mit der Arbeitslosigkeit?“ und erlebten ein hochrangiges Fachgespräch, bei dem die Aussagen des Leiters des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN, Pfarrer **Dr. Sohn**, gut ankamen. Dr. Sohn sprach sich insbesondere für Lösungsmöglichkeiten bei Langzeitarbeitslosigkeit aus. Es dürfe keine Versuche zur Manipulation von Arbeitslosenstatistiken geben, meinte er.

Der neue EAK-Vorsitzende **Hubertus v. Kluge** stellte abschließend fest, daß einem Gewöhnungsprozeß in dieser Frage mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken sei.

Verständnis der Völker über Gräber hinweg

Pinneberg. Anlässlich der Friedenswoche der Kirchen hat der Kreisvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU **Hans Bleckmann** aus Pinneberg, auf Sinn und Bedeutung dieser alljährlich wiederkehrenden „Aktionstage“ der Kirche hingewiesen.

So verpflichte beispielsweise der Volkstrauertag, der ja auch in die Friedenswoche falle, in seiner Bedeutung alle zum Frieden. „Sich der Toten der Kriege und der Gewalt immer erinnern zu müssen, ist unser Schicksal“, sagte Bleckmann.

Der Tod der vielen Kriegsoffer stehe als Mahnung dafür, daß sich eine zum Untergang von Menschen, Völkern und Rassen führende Politik nicht wiederholen dürfe!

Die etwa 1,5 Millionen Gräber deutscher Kriegstoter in 23 Ländern der Erde mahnten zum Frieden, zur Verständigung und zur Versöhnung.

Der EAK appelliere an alle, die sich für den Frieden engagieren, den Volkstrauertag in Würde zu begehen und ihn als einen Wegweiser zum Frieden anzusehen.



Kirchenfenster mit Engel. Die drei Glasfenster sind Werke von Wilhelm Buschulte, Unna.

Friedensapostel haben Schiffbruch erlitten

Dortmund. „Alle, die von den Kanzeln gepredigt haben, der NATO-Doppelbeschluß sei Sünde und als Christ müsse man dagegen sein, haben Schiffbruch erlitten,“ so der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Dr. Horst Waffenschmidt** bei einer gut besuchten Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Dortmund zum Thema „Christlicher Glaube und politische Verantwortung“. „Der NATO-Doppelbeschluß hat die Sowjetunion an den Verhandlungstisch gebracht, und erstmalig wird wirklich abgerüstet, und Atomwaffen werden verschrottet.“

Wir leben nicht im Paradies, aber wir müssen aus christlicher Verantwortung die Welt gestalten, gerade heute ist unser Verhalten gegenüber den Aussiedlern, die in diesen Tagen zu uns kommen, ein Prüfstein christlicher Nächstenliebe, so Waffenschmidt weiter. In der vom EAK-Vorsitzenden **Gerhard Möhrs** geleiteten Sitzung wurde weiter sehr intensiv über das Verhalten der CDU zum Schutze des Lebens und zum § 218 diskutiert. Waffenschmidt forderte in dieser Frage die evangelische Kirche zu einer klaren und eindeutigen Stellungnahme auf.

Die Veranstaltung schloß mit dem Appell an die Politiker, Politik nicht als Angelegenheit technischer Sachzwänge, sondern als verantwortliche Wertentscheidungen deutlich zu machen.

Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung

Landshut. Über das Thema „Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung“ sprach der langjährige Staatsminister und stellvertretende Ministerpräsident des Freistaates Bayern **Dr. Karl Hillermeier** vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CSU, Bezirk Niederbayern, in Landshut. Dr. Karl Hillermeier hat nicht nur die bayerische Sozialpolitik in vielen Jahren als Staatssekretär im Sozialministerium und zuletzt als Sozialminister entscheidend geprägt, sondern schöpft als engagiertes Mitglied der Landes-

synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern aus einem bewußt gelebten Christsein.

Dr. Hillermeier zeigte anhand der familien- und sozialpolitischen Neugestaltungen einschließlich der Rentenreform die in diesem Rahmen nunmehr von der CDU/CSU geschaffenen Schwerpunkte auf. Eine Politik für die Familie, für den älteren Menschen, für den Jugendschutz darf nicht verkennen, daß auch Eigeninitiative und Solidarität des Mitmenschen gefordert ist. Das Gebot der Nächstenliebe, die verstärkte Bereitschaft, sich pflegerischen Aufgaben an Hilfsbedürftigen zu widmen, muß Hand in Hand mit der staatlichen Aufgabe gehen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Im Rahmen der vom wiedergewählten Bezirksvorsitzenden **Dr. Günther-Michael Knopp** geleiteten Diskussion wurde auch ein verstärkter Schutz des werdenden Lebens gefordert und die staatlichen Leistungen für die Betreuung von Pflegekindern angesprochen.

**Wünsche der Kirche an die Politik –
Wünsche der Politik an die Kirche**

Zeven. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme hat eine öffentliche Kreistagung zum Gesamtthema „Kirche und



Kirchenfenster, Schwerte

Politik“ in Zeven durchgeführt. Zwei hochkarätige Referenten konnten für diese Veranstaltung gewonnen werden: Ministerpräsident **Dr. Ernst Albrecht** (Hannover) und Landessuperintendent **Karl Manzke** (Stade).

Der EAK-Kreisvorsitzende **Albert Rathjen** (Bremervörde) konnte in dem vollbesetzten Saal knapp 600 Besucher begrüßen. Rathjen wies darauf hin, daß der EAK der CDU versucht, auf der Grundlage biblischer Maßstäbe einen Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu leisten und Verantwortung im kirchlichen und politischen Bereich zu übernehmen. Als offenes Forum bemühe sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU, die politisch-ethische Grundsatzdiskussion in der CDU, aber auch mit anderen Vereinigungen zu führen.

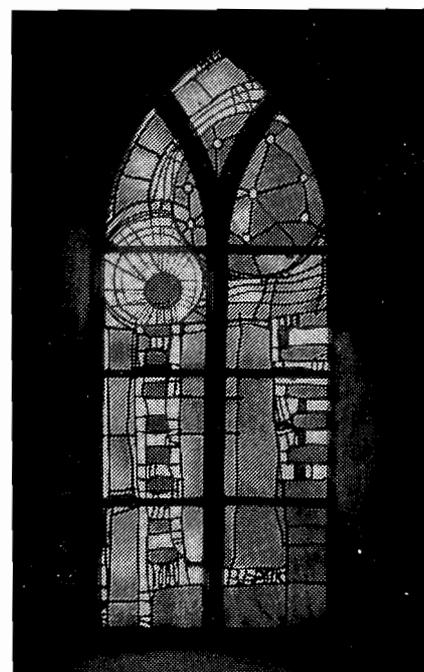
Landessuperintendent Karl Manzke betonte in seinem Referat „Wünsche der Kirche an die Politik“, daß der gegenwärtige Staat große Freiräume auch für die Kirche anbiete. Dies empfinde er als beispielhaft.

Zeugen des Jahrhunderts
22. Januar 1989
23.00 Uhr im ZDF
Dr. Gerhard Schröder im Gespräch

Der Landessuperintendent äußerte drei Wünsche gegenüber der Politik. Es müsse gesagt werden, was man glaube. Weiterhin sei es wichtig, daß Worte und Taten im politischen Alltag identisch sind. Schließlich wünsche er sich, daß das Scheitern im politischen Geschäft nicht vertuscht, sondern auch eingestanden werde. Für den Umgang mit Fehlern bei sich und anderen komme es nicht zuletzt auf christliche Vergebung an.

Im Anschluß an den Vortrag Manzkes sprach Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht zum Thema „Wünsche der Politik an die Kirche“ und traf zunächst die Feststellung: „Wir alle sind Kirche.“ Der Politiker, der sich selbst als Teil der Kirche verstehe, müsse aber über Probleme sprechen, die Kirche und Politik hätten. Sein Hauptwunsch an die Kirche sei es, „daß sie auch Kirche ist“, d. h. eine Gemeinschaft von Gläubigen, die ihre Erlösung Jesus Christus verdanken, und die dazu angehalten sei, Gott in den Mittelpunkt ihres Lebens zu stellen.

Die Kirche, so forderte Albrecht, habe die sittlichen Grundlagen der Politik zu festigen, sollte sich aber aus dem politischen Streit heraushalten. Die Richtlinien und Gebote könne sie vorgeben und zu deren Einhaltung mahnen, aber die Ethik der Bergpredigt lasse sich nun einmal nicht in direkte politische Aktion umsetzen. Die Geschichte lehre, daß die Kirche immer dann scheiterte, wo sie sich mit der Weltweisheit befaßt habe, so daß ihr die Kompetenz zur politischen Gestaltung unter den Bedingungen der sündigen, noch nicht erlösten Welt abzusprechen sei. Die Politik hingegen besitze die größere Kenntnis der Welt, da sie Eigennutz, Trägheit, Irrtum und Machtstreben der Menschen von vornherein mit einbeziehe.



Kirchenfenster, Blumenthal

**Theologischer Arbeitskreis der
EAK-Württemberg konstituiert**

Stuttgart. In Stuttgart konstituierte sich am 21. September 1988 ein theologischer Arbeitskreis des EAK Württemberg. Zur Mitarbeit in diesem Arbeitskreis sind Vertreter der theologischen Wissenschaft, der kirchlichen Praxis, Politiker und Vertreter aus dem öffentlichen Leben aufgerufen.

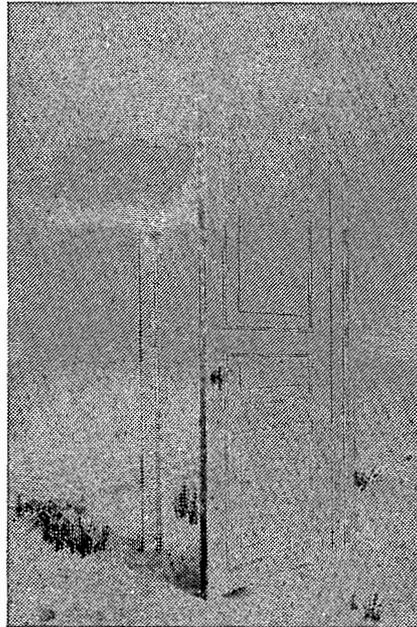
Das Eingangsreferat hielt Oberkirchenrat **Prof. a. D. Dr. Dieter Walther** zum Thema „Der Verkündigungsauftrag der Kirche und die politischen Entscheidungen des Christen“.

Öffnung zu einer neuen Wirklichkeit

Klaus Lefringhausen

Es ist auf den ersten Blick weit hergeholt, wenn man Margrittes surrealistische Türe mit dem Weihnachtsgeschehen in Verbindung bringt. Auch dieses steht quer in der Landschaft, erscheint funktionslos und ist doch Öffnung zu einer neuen Wirklichkeit. Wir haben ihm eine Funktion gegeben, femininer Gegenakzent zur männlich-harten Technikultur, emotionaler Ausgleich zur Durchschnittskälte des Jahres und Besinnungspause zwischen zwei besinnungslosen Jahren zu sein.

Doch das wirkliche Weihnachtsgeschehen war anders. Zu seinem Kontext gehören Kindesmord, Obdachlosigkeit, Armut, Verfolgung. Es verhielt sich quer zur Politik, war anstößig in seinen Begleiterscheinungen, war der erste Schritt zum Kreuz und deshalb ein Angebot, die Türe zu einer neuen Wirklichkeit zu durchschreiten. Diese Türe enthält die Chance, vom egozentrischen Wirbel frei, gegenüber Verfeinerungszwängen souverän und den Gegenmenschen Mitmensch zu werden.



Rene Magritte: La Victoire, 1939

Ebenso wie Margrittes Türe unnütz erscheint, so wird auch das Weihnachtsgeschehen weiterhin in seinem Nutzwert als nachrangig empfunden. Erst der sich im selbstgebauten Gefängnis erlebt, kann die Bedeutung einer offenen Türe ermessen, kann die zur Mutter-Kindidylle verkommene Tradition wieder als etwas erleben, das ihn unbedingt angeht, und kann die in Bethlehem sichtbar gewordene **Zuwendung Gottes als Angebot erfassen, wesenhafter Mensch zu werden**, dessen Identität nicht mehr vom überfüllten Terminkalender, vom verkrampfenden Ehrgeiz, von Meinungszwängen und von abgrenzenden Feindbildern stabilisiert werden muß. Das Kind in der Krippe, dessen armselige Umgebung ihm bereits den Stempel der Niederlage aufzudrücken scheint, und der Blick durch die offene Tür ins Unbegrenzte sind in Bildsprache gefaßte Botschaften, die sich bündeln lassen in: Der Sieg, Menschwerdung, Befreiung. Wenn das so ist, dann ist Weihnachten entschieden mehr als alles, was sich auf wenige Feiertage am Jahresende zusammendrängen läßt. Weihnachten kann Alltag werden.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948

Die Erklärung wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 angenommen und proklamiert.

Wir möchten in dieser Dezember-Ausgabe die „Präambel“, der sich 30 Artikel anschließen, veröffentlichen.

DA DIE ANERKENNUNG der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet, DA VERKENNUNG UND MISSACHTUNG der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist,

DA ES WESENTLICH IST, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen ist,

DA ES WESENTLICH IST, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

DA DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN in der Satzung ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern,

DA DIE MITGLIEDSTAATEN sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit

den Vereinten Nationen die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durchzusetzen,

DA EINE GEMEINSAME AUFFASSUNG über diese Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist, verkündet die Generalversammlung die vorliegende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereiche ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung bei der Bevölkerung sowohl der Mitgliedstaaten wie der ihrer Oberhoheit unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Für bessere Ausbildung in der Dritten Welt

Seit acht Jahren haben die Evangelikalen Deutschlands ihre Dienste für die 3. Welt durch die Aktion HILFE FÜR BRÜDER verstärkt.

Von Anfang an setzte man bei HILFE FÜR BRÜDER auf eine ganz enge Zusammenarbeit mit den einheimischen Gemeinden in Afrika, Lateinamerika und Asien. Hier stehen erfahrene Partner zur Verfügung, die Land und Leute kennen und sich schon in praktischer Hilfe bewährt haben. In Zusammenarbeit mit ihnen wurden in den letzten Jahren durch HILFE FÜR BRÜDER 700 Projekte in über 90 Ländern der Welt in Angriff genommen und zum großen Teil auch abgeschlossen. Sie reichen von Lehrlingsausbildung, Ausbau von Hospitälern, landwirtschaftlicher Ausbildung, Flüchtlingsarbeit und Hilfe in Katastrophen bis hin zur Stärkung einheimischer Kirchen in Diakonie und Verkündigung.

Aus dieser Arbeit heraus entstand vor drei Jahren der Entwicklungsdienst CHRISTLICHE FACHKRÄFTE INTERNATIONAL. Über 50 Mitarbeiter wurden bis heute in 19 Länder ausgesandt. Darunter sind Ärzte, Professoren, Krankenschwestern, landwirtschaftliche Berater, Handwerker, nicht nur junge Leute, sondern auch erfahrene Ruheständler.

Projektlisten mit monatlich 10 neuen Projekten und Berichte der Entwicklungshelfer können kostenlos angefordert werden bei:

Hilfe für Brüder, Schickstraße 2,
7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/23 46 87

Konto: 2 004 004 Landesgirokasse
Stuttgart, BLZ 600 501 01
920 - 709 Postgiro Stuttgart

Tagung des Arbeitskreises Theologie im EAK der CDU/CSU für Studenten, Oberstufenschüler und alle, die Interesse haben

Im „Zeichen des Wassermanns“:

Die New-Age-Bewegung als Anfrage an Gesellschaft und Kirche

20. – 22. Januar 1989

Karl-Arnold-Bildungsstätte
5300 Bonn-Bad Godesberg
Venner Str. 55
Tel: 02 28/38 20 70

Referenten: Pfarrer Walther Schmidt, *Stuttgart*
Harald Baer (*KSA Hamm*)
Christoph Mezger (*Bonn*)
Wenzel Graf von Stosch (*Walberberg*) – angefragt –

Anmeldung und Informationen ab sofort bei:

Dr. Kurt Erlemann, Karlsruher Str. 111, 6900 Heidelberg, Tel. 062 21/31 43 62
Thomas Berke, Breddestr. 4, 4300 Essen 1, Tel. 02 01/ 28 58 77

Evangelischer Arbeitskreis in der CDU
– Kreisverband Soltau-Fallingbostal –

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland; Glaube – Moral – politisches Handeln – Wandel der Grundwerte?

13. – 15. Januar 1989
Heimvolkshochschule Hermannsburg

mit Staatsminister a. D., **F. Vogel**,
Landessuperintendent **K. Manzke** u. a.

Anmeldung bis 5. 1. 89:

Heimvolkshochschule, Postfach 12 80, 3102 Hermannsburg, Tel. 0 50 52/80 06